

Erzgebirgischer Volksfreund

Das „Erzgebirgische Volksblatt“ enthält alle Nachrichten aus dem Erzgebirge, die für die Bevölkerung von Interesse sind. Es enthält auch alle amtlichen Bekanntmachungen der Behörden in Schwarzberg, Schneeberg, Aue und Johanngeorgenstadt.

Tageblatt • enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Aue, Johanngeorgenstadt, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzberg und des Amtsgerichts in Aue.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Jahrespreis: Aue 21 und 22, Schneeberg 24, Johanngeorgenstadt 26. Einzelhefte: Aue 1, Schneeberg 1, Johanngeorgenstadt 1.

Das „Erzgebirgische Volksblatt“ enthält alle Nachrichten aus dem Erzgebirge, die für die Bevölkerung von Interesse sind. Es enthält auch alle amtlichen Bekanntmachungen der Behörden in Schwarzberg, Schneeberg, Aue und Johanngeorgenstadt.

Nr. 205. Mittwoch, den 3. September 1930. 83. Jahrg.

Umtliche Anzeigen.

Mittwoch, den 3. September 1930, vorm. 9 Uhr sollen im gerichtlichen Versteigerungsraum öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden: 1 Klavier, 1 Sprechapparat mit elektr. Motor und 75 Platten, 1 Motorrad NSU, 1 Lieferwagen, 1 Rotorrad Banderer.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

Mittwoch, den 3. September 1930, vorm. 10 Uhr sollen in Schwarzberg 3 Damenpullover, 5 Mädchenpullover, 2 Mädchenkleider, 5 Schlupfhosen, 4 Hemdhosen, 1 Grammophon (Schrankapparat) sowie ein Posten Grammophonplatten öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Sammelort der Bieter: Hof des Amtsgerichts.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzberg.

Mittwoch, den 3. September 1930, vorm. 10 Uhr sollen an Ort und Stelle in Markersbach 11 Pappentische (ca. 7 1/2 m lang und 1 1/4 m breit) öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Sammelort der Bieter: Bahnhofrestaurant Mittweida.

Die Volkstreuungsbehörde der Allgem. Ortskrankenkasse Raschau u. Umgeb.

Das Radfahrverbot der ehemaligen, zu Aue einverleibten Landgemeinde Auerhammer vom 6. Jan. 1926, wonach das Radfahren auf der alten Borsdorfer Straße — jetzt Gellner-Straße — und auf dem Neuhäbeler Wege verboten ist, hat durch den 1. Nachtrag vom 25. 8. 1930 zur Vollzeiterordnung, Fahrverbote betr. in der Stadt Aue vom 21. Jan. 1929, auch weiterhin Gültigkeit. Dieser 1. Nachtrag liegt zur Einsichtnahme im Stadthaus, Zimmer 18, aus.

Aue, 30. August 1930. Der Stadtrat — Polizeiamt.

Ein Verjuchts-Ballon.

London, 1. Sept. In einem englischen Sonntagblatt ist ein Artikel erschienen, der von einem Militärbandnis zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien spricht. Die von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist an den Behauptungen kein wahres Wort.

Die Dillhilfe.

Unzulängliche Mittel.

Berlin, 1. Sept. Die für den Westen wird mit Staatsmitteln des Reiches und Preußens auch für den Osten eine umfassende Hilfsaktion unternommen. Durch die Grenzhilfe wird eine Reihe von Aufgaben wesentlicher Art, die sich in den Grenzgebieten als dringlich erwiesen haben, gefördert werden. Demnach kommen für die Grenzgebiete in Betracht die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen, Westpreußen und Oberschlesien, die an der Ostgrenze gelegenen Teile der Provinz Niederschlesien, sowie die Regierungsbezirke Köslin und Frankfurt a. d. Oder. Ferner wird Preußen auch noch weitere Teile der Provinz Niederschlesien und die Grenzgebiete des Regierungsbezirks Schleswig bedenken. Für die Zwecke dieser Hilfsaktion steht aus Staatsmitteln des Reiches ein Betrag von 8,3 Millionen RM. und aus Staatsmitteln Preußens ein Betrag von 10 Millionen RM. zur Verfügung. Davon sollen jedoch zunächst nur rund 10 Millionen Reichsmark zur Ausschüttung gelangen. Der Rest bleibt zur Verfügbarmachung des Zusammenbruchs notleidender Kommunen und für unvorhergesehene Fälle, die sich etwa während des Herbstes und des kommenden Winters noch ereignen können, einzuweisen zurückgehalten. Für Wege- und Brückenbau werden etwa 4,2 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Kleinbahnbauten und Verbesserungen bestehender Kleinbahnen sollen mit etwa 1,8 Millionen RM. unterstützt werden. Für Kanalisationen und Wasserleitungen sind rund 1 Million RM. vorgesehen. Für Krankenhausbauarbeiten und Umbauten, zur Errichtung von Säuglingsheimen, Altersheimen, Kinderkrippen und Wohlfahrtsheimen werden etwa 2 Millionen RM. aufgewendet. Auf Schulbauten entfallen rund 900.000 RM. Außerdem sollen durch Herabgabe von insgesamt 600.000 RM. noch Verkehrsunternehmungen, Wägereien und sonstige Zwecke gefördert werden.

Dieser Verteilungsplan ist in enger Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Reichs- und preussischen Ressorts auf Grund der Vorschläge aufgestellt worden, welche die örtlichen Stellen über die Oberpräsidenten der Grenzprovinzen gemacht haben. Mit den geplanten Arbeiten soll sofort begonnen werden.

Sensation im „Bombenleger“-Prozess.

Eine Polizeigentlin als Späher.

Mitau, 1. Sept. Der heutige Vormittag brachte im „Bombenleger“-Prozess endlich den Abschluß der Protokollverlesung. Wieder wurde von der Verteidigung darauf hingewiesen, daß Staatsanwalt Dr. Eichholz während der Vernehmung der Angeklagten Mahle, Becker und Lohmann im Vernehmungszimmer gewesen sei, ohne daß sich seine Unterschrift unter den auf diese Weise zustande gekommenen Protokollen finde. Die Protokolle seien also unglücklich. Staatsanwalt Eichholz bestritt auch diesmal, anwesend gewesen zu sein. Die Beweisaufnahme wird das klären müssen.

Die Verlesung des Heim-Protokolls ergab, daß dieser radikale und willensstarke Führer der Landvolkbewegung als einziger der Angeklagten bis zuletzt alle Betätigung an den Anschlägen entschieden in Abrede gestellt und jedes Gesandnis verweigert hat. Hamkens dagegen, der immer ein Gegner der Schreckskräfte gewesen sein will, niemals im Vorverfahren den Namen Klaus Heim genannt hat, obwohl er das Rollen dieser „imponierenden und herrischen Persönlichkeit“ als untadelig rein und als ganz dem Vaterlande gewidmet anerkennt, rückt doch in der Sache sehr weit von ihm ab.

Heim sah der Verlesung dieser Hamkens-Aussage reingelassen zu.

Schließlich bringt ein Beweisprotokoll des Rechtsanwalts Graf von der Goltz kurz vor der Mittagspause so etwas wie eine Sensation: Das Gericht wird ersucht, eine Frau Ilse von Derjen geb. Neumann, zur Zeit in Diensten der preussischen Polizei, als Zeugin zu laden, da nachgewiesen werden könne, daß diese Dame in ihrer Eigenschaft als Polizeigentlin von den Bombenanschlägen gewußt und — sie feinerzeit gefördert habe.

Ueber diese Frau von Derjen wurde mitgeteilt, sie gehöre zu den ersten Kräften der politischen Bewegung des Berliner Volksparteipräsidiums und habe zu dem Angeklagten Volk freundschaftliche Beziehungen unterhalten, die sie geküßelt ausrichtete, um die Landvolkbewegung wie auch die Bombenlegerbewegung bis in die letzten Einzelheiten kennenzulernen und aufzubeden. Frau von Derjen soll bereits mehrfach in ähnlichen Angelegenheiten eine wichtige Rolle gespielt haben.

Frau von Derjen muß also als Späher geladen werden.

Generaloberst Hege gegen den Klatsch um die Reichswehr.

Die Klatschereien über die Reichswehr, die in irgend einem dunklen internationalen Winkel ausgeheckt und in der Berliner Asphaltpresse liebevoll gepflegt werden, haben im Auslande das Echo gefunden, auf welches es Urheber und Verbreiter ankam. Nachdem französische und polnische Zeitungen in ihrem überdimensionalen Haß gegen Deutschland in das übliche, den „Friedensfreunden“ so gut ansehende hysterische Geschrei wegen der „deutschen Klatschereien“ und des „geheimen russisch-deutschen Militärbündnisses“ ausgebrochen sind, hat jetzt auch die an sich kühler und kritischer veranlagte englische Presse Gelegenheit genommen, dieses Thema in bewußt deutschfeindlicher Weise zu behandeln. Nur politische Kinder werden es als Zufall betrachten, daß es das Blatt der englischen Arbeiterregierung ist, der „Daily Herald“, welches in einem sensationell aufgemachten Artikel mit der Überschrift: Ein finsternes Geheimnis bedroht Europa sich alle Mühe gibt, die Engländer das Gerücht vor dem deutschen Heere und der deutschen „Generalpolitik“ zu lehren. Das Ballspiel, das zwischen gewissen Berliner politischen Stellen (welche diese sind, darüber kann der sozialistische Parteivorstand und die Linkspresse aller Schattierungen Auskunft geben) und den Gegnern jedes deutschen Verteidigungs- und Wehrwillens im Auslande im Gange ist, klappt, wie immer, ganz vorzüglich.

Eben hat ein Moskeblatt es fertig gebracht, die Meldung zu verbreiten, daß der Chef der Heeresleitung, Generaloberst Hege, von einer Clique politisierender Generale im Wehrministerium gezwungen worden sei, sein Abschiedsgesuch einzubringen. Der Leser spürt die Ohren und erinnert sich an Klatschgeschichten, die er früher gelesen hat. Die Zeitung hat erreicht, daß sie wieder einmal als besonders „sensationell“ im Munde der Leute ist, und daß im Auslande der gewünschte Widerhall nach Deutschland zurückdringt, was, wie man hofft, gerade in Wahlzeiten nicht ohne gewissen Erfolg sein wird.

Leider verbittet sich der Jungdeutsche Orden dieses frivole und gefährliche Spiel einer Presse, die der Staatspartei nahesteht, nicht. Dagegen hat sich nunmehr der Generaloberst Hege gegen die politische Brunnengiftung gewendet. In dem er Klipp und Klar erklärte, daß sein Rücktritt nicht das geringste mit politischen Fragen zu tun habe, und daß die Gerüchte über die Sonderpolitik des Heeres oder einzelner Offiziere eine Irreführung der öffentlichen Meinung seien, hat der Chef der Heeresleitung den Klatschereien — zwar nicht ein Ende gemacht, denn das liegt nicht in seiner Hand, aber — den Boden entzogen. Leider hat er das in einer Form getan, welche die Urheber und Verbreiter der Redereien allzusehr schont. Er hätte die landesverräterische Gesellschaft auf das ungewaschene Maul schlagen sollen, daß es nur so geklatscht hätte. Auch ist es schade, daß die Erklärung Heges so spät kommt, nachdem die Gerüchte schon mancherorts festen Fuß gefaßt haben.

„Es gibt keine Sonderpolitik des Heeres“

Generaloberst Hege dementiert.

Berlin, 1. Sept. Generaloberst Hege übermittelt der Öffentlichkeit folgende Erklärung: Um den Gerüchten, die sich um einen bevorstehenden Rücktritt gebildet haben und die sich allmählich zum Schaden des Reichsheeres auswirken, ein Ende zu machen, setze ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt:

Anfang Juni dieses Jahres habe ich aus eigenem Entschluß heraus den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichswehrminister um Zustimmung gebeten, nach Abschluß der großen Rahmenübungen 1930 mein Abschiedsgesuch einreichen zu dürfen. Diese Zustimmung habe ich erhalten. Den Zeitpunkt meines Ausscheidens aus dem Dienst habe ich daraufhin den Belangen des Reichsheeres entsprechend — Uebergabe der Geschäfte usw. — auf den 30. November 1930 festgelegt.

Wer wie ich über 42 Jahre der Armee gedient hat, davon 20 Jahre in schwereren und verantwortungsvollen Stellen in Krieg und Frieden, wird meinen Wunsch verstehen, die Führung des Reichsheeres einer jüngeren Kraft zu überlassen. Mit politischen Fragen hat mein Rücktritt nicht das geringste zu tun. Ich habe mich über den Rahmen meines Dienstes hinaus nie mit Parteipolitik beschäftigt und beabsichtige auch zukünftig nicht, dies zu tun. Ich habe stets versucht, lediglich als Soldat, dem das Vaterland weit über allen Parteien steht, meiner Lebensaufgabe, dem Heere zu dienen.

Für das, was während meiner Amtszeit als Chef der Heeresleitung von mir unterstellten Offizieren gesagt oder getan wurde, trage ich allein die Verantwortung. Die Zeitungsangriffe gegen solche Offiziere sind deshalb sachlich unrichtig und wirken für das Heer schädlich. Ebenso stehe ich dafür ein, daß die Führung des Reichsheeres nach den Richtlinien des Reichswehrministers, als dem verantwortlichen Mitglied der Reichsregierung, erfolgt ist. Von einer Sonderpolitik des Heeres oder einzelner Offiziere zu sprechen, kommt deshalb bewußt oder unbewußt einer Irreführung der öffentlichen Meinung gleich.

Ich darf erwarten, daß durch diese Erklärung der Zeitungskampf gegen das Reichsheer und einzelne Offiziere abgeschlossen ist, zumal er sich nur gegen die Person richtet, die die Verantwortung trägt, also gegen mich.

Hierzu darf ich noch folgendes allgemeines bemerken: Bei meinem Ausscheiden nehme ich als feste Ueberzeugung mit, daß das Reichsheer in allen seinen Gliedern selbstlos und treu seinen Dienst an Land und Volk ausübt. Wenn diese Tatsache bei einsehender öffentlicher, sachlicher Kritik mehr als bisher gewürdigt würde, wäre nicht nur der Armee, sondern auch den Interessen des Ganzen besser gedient.

Berlin, 1. Sept. Zu der Angelegenheit der Untersuchung der Vorgänge in der Potsdamer Reichswehr (einige Soldaten werden beschuldigt, nationalsozialistische Propaganda getrieben zu haben) erfahren wir aus Reichswehrkreisen, daß das betreffende Regiment gegenwärtig im Manöver ist. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen und wird erst beendet werden können, nachdem das Regiment aus dem Manöver wieder hierhergekehrt sein wird.